"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
In Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 24. Februar 1932. 14 Seiten Nr. 16.

Deutscher Vertreter spricht ein kräftiges Wort in Genf

Botschafter Rudolf Nadolny fordert Rüstungsgleichheit für alle Länder.

Der deutsche Weltabrüstungsplan unterbreitet. — Ablehnung der französischen Vorschläge.

Genf, 18. Febr. — Im Namen der deutschen Regierung machte heute Rudolf Nadolny, der bei der Türkei beglaubigte deutsche Botschafter, der Abrüstungskonferenz eine ganze Reihe von weitgehenden Abrüstungsvorschlägen.

„Deutschland ist bereits entwaffnet," erklärte der deutsche Botschafter, „und Deutschlands Entwaffnung ergibt die Richtlinie, welcher alle Länder folgen müssen."

Der deutsche Abrüstungsplan.

Sodann legte er den folgenden Abrüstungsplan dar:

1. Abschaffung der allgemeinen Militärpflicht und für die Länder, in denen sie abgeschafft ist, Zugeständnis von ausreichenden, militärisch ausgebildeten Reserven. Festlegung eines so niedrig als möglich gegriffenen Prozentsatzes von Offizieren für die Heere und Verbot der Verwendung von Polizei, Gendarmerie und ähnlichen Verbänden für militärische Zwecke.

2. Verbot der Verwendung schwerer Artillerie außerhalb der Festungswerke und Beschränkung der Kaliber der großen Festungsgeschütze. Verbot der Tanks und der Errichtung von Festungswerken in der Nähe einer Grenze, wo sie eine direkte Bedrohung eines Nachbarlandes bedeuten.

3. Beschränkung der Maximalgröße der Kampfschiffe auf 10,000 Tonnen und ihres Maximal-Geschützkalibers auf 280 Millimeter. Verbot der Flugzeugmutterschiffe und der Tauchboote. Einschränkung des nicht schwimmenden Flottenmaterials. Rekrutierung des Marinepersonals nur durch Freiwilligenanwerbung, unter Festlegung eines bestimmten Prozentsatzes für die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere. Aufrechterhaltung der Küstenverteidigung Festungswerke, welche natürliche Wasserwege beherrschen.

4. Verbot aller Luftrüstung und Vernichtung des in Dienst gestellten oder in Reserve gehaltenen Materials der Luftstreitkräfte. Verbot der Beteiligung von Militärs am Zivil Flugwesen. Aufhören des Baues von Panzerflugzeugen und Flugzeugen, die mit Vorrichtungen für kriegerische Zwecke ausgestattet sind, und Verbot aller Beziehungen zwischen Militärverwaltungen und Zivil Flugwesen.

5. Verbot der Kriegführung mit Giftgasen und Batterien, sowie auch der Herstellung solcher Waffen. Verbot der Aus- und Einfuhr von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial, ausgenommen in Ländern, in denen eine Rüstungsindustrie nicht vorhanden ist. Staatliche Beaufsichtigung der privaten Herstellung von Kriegsmaterial.

6. Ablehnung der Abrüstung durch Herabsetzung des Militäretats und statt ihrer freimütiger, offener Austausch von Mitteilungen bezüglich der Rüstungsausgaben.

7. Sicherstellung der Ausführung der Abrüstungsvorschriften durch ein Ueberwachungssystem, das in gleicher Weise in allen Ländern verwendet wird.

„Diese von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge," sagte der deutsche Botschafter in den

(Fortsetzung auf Seite 6)

Wie die Chinesen in Amerika ihrem Vaterland helfen.

San Francisco, 20. Feb. — Bemühungen zur Aufbringung von Hilfsgeldern unter den amerikanischen Chinesen zur Unterstützung ihrer Landsleute im Kampfe gegen Japan brachten bis jetzt Spenden von mehr als einer Million Dollars ein. Das Geld soll der chinesischen Regierung übergeben werden.

Oesterreich sucht wirtschaftliche Annäherung

Appell des Bundeskanzlers Dr. Buresch an alle Nationen.

Wien. — Oesterreich appellierte an alle seine Nachbarn und auch an die übrigen Nationen, Verhandlungen zum Zwecke einer wirtschaftlichen Annäherung zu beginnen.

Die Aufforderung erging vom Bundeskanzler Karl Buresch, der den Gesandten von Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien erklärte, daß Oesterreich „die Verwickelungen der Handelsstörung in Mitteleuropa" nicht länger ertragen könne.

Inzwischen sei Oesterreich gezwungen, Zuflucht zur „Einfuhrregelung" zu nehmen, wobei es hoffe, daß die anderen Nationen keine Vergeltungsmaßnahmen ergreifen würden. Der Bundeskanzler erklärte, daß seine Regierung diese Regulierung „nur unter Zwang vornehme, da sie wohl wisse, daß Oesterreichs Hoffnungen auf wirtschaftliches Gedeihen nicht in weitere Handelsbeschränkung, sondern in größerer wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit liegen.

„Die österreichische Regierung hat in Genf und im Parlament betont", sagt Buresch, „daß Oesterreich sofort größere wirtschaftliche Bewegungsfreiheit benötigt. In Wirklichkeit wird es jedoch mehr und mehr durch die Weltwirtschaftskrise und die Beschränkungsmaßnahmen eingeengt, die von den meisten Staaten unter dem Druck dieser Krise getroffen werden.

„Die österreichische Regierung erklärt deshalb im Einklang mit den verschiedentlich ausgedrückten Prinzipien und in Empfehlungen des Finanzkomitees des Völkerbundes, daß es bereit ist, mit allen Nachbarländern und allen interessierten Staaten in Verhandlungen über wirtschaftliche Annäherungen einzutreten."

„Alle früheren Versuche in dieser Richtung sind durch politische Komplikationen zunichte gemacht worden." (Ein geplanter Zollverein zwischen Deutschland und Oesterreich mußte im letzten September in Genf unter ausländischem Druck aufgegeben werden.)

„Heute handelt es sich jedoch um eine Existenzfrage für Oesterreich", sagte der Kanzler, „daß solche Verhandlungen geführt werden und zu positiven Ergebnissen führen.

Der Bundeskanzler schloß seinen Appell mit einer Feststellung, die in einigen Kreisen als eine versteckte Drohung mit einem Moratorium aufgefaßt wird.

„Wir sind entschlossen, die Krise durch eigene Kraft und mit großen Opfern zu überwinden", sagte er, „doch müssen wir dazu wenigstens ein geringes Quantum wirtschaftlichen und finanziellen Entgegenkommens von anderen Nationen haben."

Riesige deutsche Bankverschmelzung.

Berlin, 22. Febr. — Um Deutschlands Privatdepositen-Bankensystem auf eine gesunde Basis zu stellen und das seit dem aufsehenerregenden Bankkrach im letzten Juli erschütterte Vertrauen wiederherzustellen, ist am Montag eine riesige Bankverschmelzung vorgenommen worden. Außer der großen Darmstädter (Danat) Bank und der Dresdner Bank sind noch kleinere Bankunternehmungen daran beteiligt.

Eine von Hindenburg erlassene Notverordnung ermächtigt das Reich, die Privatbankaktien aufzukaufen oder Bankunternehmungen zu unterstützen. Die Beteiligung von Regierungsseite soll bis zur Höhe von 250 Millionen Mark und die Kreditgewährung bis zur Höchstsumme von 400 Millionen Mark zulässig sein.

Vollversammlung des Völkerbundes einberufen.

Genf, 20. Febr. — Die Vereinigten Staaten sind eingeladen worden, der bevorstehenden, vom Ligarat einberufenen Vollversammlung des Völkerbundes hier in Genf beizuwohnen. Verschiedene andere Länder, die zwar nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, haben ebenfalls eine Einladung zur Teilnahme erhalten. Es soll nämlich auf der Versammlung die Frage der kritischen Situation in China besprochen werden. Auch der Sowjetregierung ist eine Einladung ungegangen. Als Anfangstermin der Tagung ist der 3. März festgesetzt worden.

Kürzung der deutschen Fürstenbezüge.

Berlin. — Der Justiz Ausschuß des Reichstages bahnte den Weg einer Senkung der Bezüge, die die früheren deutschen Herrscher aus den Staatskassen als Entgelt für die Konfiszierung eines Teils ihrer Güter erhalten. Mit 15 zu 6 Stimmen wurde die von den Sozialisten eingereichte Vorlage gutgeheißen, die angesichts der herrschenden Notlage eine Senkung dieser Bezüge vorsieht. Ein eigenes Schiedsgericht soll eingesetzt werden, um die Höhe einer solchen Senkung anzuweisen.

Die ernste Finanzlage der Provinz Saskatchewan

Provinzialschatzmeister MacPherson gibt Fehlbetrag von $3,855,677 zu und schlägt Steuererhöhungen und neue Steuern vor.

Regina. — Der Provinzialschatzmeister M. A. MacPherson hielt letzten Donnerstag vor der Provinzial Legislatur von Saskatchewan seine erste Budgetrede, in der er die ernste Finanzlage der Provinz darlegte. Nach seinen Ausführungen hat Saskatchewan einen Fehlbetrag von $3,855,677 im Finanzjahr bis zum 30. April 1931 aufzuweisen. Das Defizit wird sich nach den Schätzungen MacPhersons im laufenden Geschäftsjahr auf annähernd 5 Millionen Dollar erhöhen. Die Provinzialschuld belief sich am 31. Dezember 1931 auf $22,980,000. Außer durch strikte Sparsamkeit und allgemeine Einschränkung der Ausgaben für öffentliche Zwecke soll dem Finanzelend von Saskatchewan entgegengewirkt werden durch folgende Maßnahmen:

1) Erhöhung der „Public Revenue Tax" um eine halbe Mille, wodurch die von den Liberalen im Jahre 1927 aufgehobene Millrate wiederhergestellt wird.

2) Erhöhung der Motorlizenzgebühren um $5.00, ausgenommen im Falle von Farmlastautos, wodurch die Gebühr von 1929 wiederhergestellt wird.

3) Erhöhung der Gasolinsteuer um 1 Cent, sodaß sie auf sechs Cents für die Gallone steigt.

4) Einführung einer provinzialen Einkommensteuer für alle Löhne, Gehälter oder sonstige Einnahmen von $750 jährlich an im Falle alleinstehender Personen und von $1500 an im Falle von verheirateten Personen.

5) Erhöhung der Korporationssteuern mit einer Abstufung für Banken mit einem Höchstbetrag von $3,000 und mit einem Mindestbetrag für alle Zweigstellen in Städten oder Städtchen von $200.

Im kommenden Finanzjahr sollen sich die Einnahmen auf insgesamt $18,355,389 und die Ausgaben auf $18,323,713 belaufen. Das Bardefizit soll am 30. April 1932 kapitalisiert werden.

Der liberale Abgeordnete W. J. Patterson von Pipestone, der frühere Provinzialschatzmeister in der liberalen Regierung, erklärte in der Debatte, daß der Regierung ein beträchtlicher Teil der Schuld an der ernsten Finanzlage der Provinz zuzuschreiben sei. Er bedauerte sehr, daß die Regierung noch weitere Steuern dem Volke auferlegen will, obwohl es die jetzige Steuerlast schon nicht tragen kann.

Gandhis Mobiliar versteigert.

Ahmadabad, Indien. — Bei der Versteigerung der Möbel und anderen Einrichtungsgegenstände von Mahatma Gandhis Seminar, die von der Polizei beschlagnahmt worden waren, wurde ein Erlös von $133.22 erzielt. Der Betrag fand Verwendung als Teilzahlung auf die rückständigen Steuern des Besitztums.

Vor dem Eingreifen der Polizei hatten junge Mädchen vergeblich versucht, die Versteigerung zu verhindern. Sie wurden einfach von der Bietern ignoriert.

Falls die Erlöse aus den Lizensvergebungen für Spirituosen Ausschank eine Voraussage für 1932 zulassen, so kann wohl behauptet werden, daß in Indien in diesem Jahre mehr Alkohol denn je konsumiert werden dürfte.

Weltgerichtshof soll Memelfrage entscheiden.

Genf. — Der Streit zwischen Deutschland und Litauen über die Absetzung von Otto Böttcher als Präsident des Landesdirektoriums von Memelland wird an den permanenten internationalen Gerichtshof im Haag verwiesen werden. Der Völkerbundrat berichtet, er sehe sich außer Stande zu einer definitiven Entscheidung zu kommen, da Litauen den Bürgern von Memelland nicht gestatten wolle, nach Genf zu kommen, um vernommen zu werden, auch über die Regierung von Kowno eine scharfe Zensur über alle aus Memelland kommenden Nachrichten aus.

Neue französische Regierung gebildet.

Paris, 21. Febr. — An die Stelle der kürzlich gestürzten Laval-Regierung (siehe Seite 2 unter Weltumschau) ist Andre Tardieu mit einem neuen Kabinett getreten. Er wurde am Samstag von Präsident Doumer mit der Regierungsbildung beauftragt, die ihm ohne besondere Schwierigkeiten gelungen ist. Tardieu bekleidet im neuen Kabinett die Posten des Premier und Außenministers. Laval gehört der jetzigen Regierung als Arbeitsminister an.

Tardieu gehört zu den Urhebern des Versailler Gewaltdiktates, war Kriegsminister im Laval-Kabinett und Frankreichs Wortführer auf der Abrüstungskonferenz in Genf, wohin er alsbald zurückzukehren gedenkt.

Japanische Offensive in China hat begonnen

Chinesische Truppen leisten trotz japanischen Tanks und Bombenflugzeugen tapferen Widerstand.

Gefechte um Kiangwag erinnern an heiße Kämpfe auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

Schanghai, 20. Febr. — Der japanischen Offensive, die kurz nach dem Ablauf der für die Räumung festgesetzten Ultimatumsfrist gegen die Chinesen losbrach, gelang es bis jetzt noch nicht, die 19. chinesische Armee aus ihren Stellungen zu vertreiben. Die Chinesen setzten sich gegen die vorrückenden Tanks mit Minen und Handgranaten zur Wehr. Es gelang ihnen sogar, eine japanische Brigade zu umzingeln. Zwei andere japanische Regimenter kamen jedoch zur Hilfe herbei, befreiten die Brigade aus ihrer ungünstigen Lage, und drangen wieder in den Ort Kiangwang ein, nachdem heftige Nahkämpfe stattgefunden hatten.

Amerikaner und andere Ausländer der entgingen bis jetzt wie durch ein Wunder schweren Verletzungen oder dem Tode, da zahlreiche Granaten auf die internationale Ansiedlung niederhagelten.

Ausländische militärische Beobachter sind über das tapfere Verhalten der chinesischen Soldaten höchst erstaunt. Sie glauben, daß lange Kämpfe unvermeidlich sind, und daß die Japaner weitere Verstärkungen heranziehen werden.

Washington. — Prominente amerikanische Universitätspräsidenten und andere bekannte Persönlichkeiten empfahlen in einem Schreiben an Präsident Hoover, daß die Ver. Staaten und der Völkerbund gemeinsam einen wirtschaftlichen Boykott durchführen, um auf diese Weise eine Einstellung der Feindseligkeiten zu erzwingen.

Vom Kriegsschauplatz.

Schanghai, 20. Febr. — Der hartnäckige Widerstand der Chinesen in der Gegend der Woosung Forts, wo junge Chinesen und erfahrene Veteranen des Bürgerkrieges Schulter an Schulter gegen die anbringenden Japaner kämpfen, ruft die Verwunderung und das Erstaunen ausländischer Beobachter hervor. Allerdings gelang es den Japanern, nach dreimaligem Angriff und Gegenangriff Kiangwang fest in ihre Hand zu bekommen. Dagegen gelang es ihnen trotz wiederholter Bemühungen nicht, die Woosung Forts in die Hand zu bekommen. Während des ganzen Tages beschoß eine Flotille japanischer Zerstörer die Forts, ohne daß die Chinesen die Verteidigung aufgaben. Auch das fortgesetzte Bombardement durch Flugzeugbomben schien den Mut der Chinesen nicht zu erschüttern.

Die japanischen Tanks konnten sich dem schwierigen Gelände um Chapei und Kiangwang nur langsam vorwärts gelangen. Chinesische Pioniere hatten überall Tank fallen in Gestalt von Erdmieren gelegt, und das chinesische Oberkommando gab bekannt, daß als Folge davon im Laufe des Tages vier japanische Tanks in die Luft gesprengt wurden. Auch sollen zwei japanische Flugzeuge durch Flugabwehrgeschütze, die neu in den chinesischen Linien erschienen, abgeschossen worden sein.

Die Gefechte um Kiangwang, 7 Meilen unterhalb Schanghais, riefen in manchen Beobachtern die Erinnerung an die heißen Gefechte auf dem westlichen Kriegsschauplatz im Jahre 1918 zurück.

An einzelnen Stellen gelang es den Japanern, ungefähr 5 Meilen weit vorzurücken; an anderen Punkten waren ihre Bemühungen dagegen vergeblich.

Griechenlands neue Geldmaßnahmen.

Athen, Griechenland. — Zu den Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der griechischen Währungsbetrieb, der Drachme, die von der Regierung vorgeschlagen wurden, gehört auch die Beobachtung dreier fleischloser Tage in der Woche, um dadurch die Einfuhr von Fleisch zu verringern.

Nach einem neuen Plan soll der Geldwechsel im Auslande verboten werden, ausgenommen für Studenten, die ausländische Stipendien erhalten. Weiter soll die Ausfuhr von Bargeld verboten werden, ausgenommen für solche Notwendigkeiten wie Nahrungsmittel und Rohmaterialien.

Zehn Flüge des „Graf Zeppelin" geplant.

Friedrichshafen am Bodensee. — Dr. Hugo Eckener gab bekannt, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin" im März, April und Mai vier Südamerikaflüge machen wird, die bereits fahrplanmäßig festgelegt sind, und später, von August bis zum November, weitere sechs solcher Rundflüge, deren Daten noch erst festgesetzt werden. Für die vier ersten Flüge sind der 20. März, der 3. und 17. April und der 1. Mai als Abfahrtstage angesetzt. In Pernambuco, Brasilien, ankommen wird das Luftschiff am 22. März, 5. und 19. April und 3. Mai. Die Tage, an denen von Pernambuco aus die Rückflüge zum Bodensee angetreten werden sollen, sind der 25. März, der 8. und 22. April und der 6. Mai.

Am 24. Februar werden in Paris voraussichtlich Unterhandlungen stattfinden, die sich darum drehen werden, daß das Luftschiff französische Post nach und von Dakar, Senegambien, mitnehmen soll.

Drei Ingenieure bei Grubenexplosion verletzt.

Toronto, Ont. — Wenig Hoffnung wurde hier am Mittwoch für das Aufkommen eines von drei Bergbau Universitätsstudenten gehegt, welche durch die Explosion eines großen Metall-Zylinders im Laboratorium verletzt worden waren.

Drei Blutübertragungen wurden an P. A. Woods vorgenommen. Den experimentierenden Studenten wurden durch die Wucht der Explosion Fleischteile im Gesicht, am Nacken und der Brust weggerissen. Das Befinden des zweiten Verletzten namens H. P. Wright ist ebenfalls sehr bedenklich.

Drei Kandidaten gegen Hindenburg.

Berlin, 22. Febr. — Gegen den bisherigen Reichspräsidenten und berühmten deutschen Heerführer von Hindenburg werden bei der Reichspräsidentenwahl voraussichtlich folgende Kandidaten auftreten: der nationalsozialistische Führer Adolf Hitler, der Kommunist Thälmann, der schon bei den letzten Wahlen unterlegen ist, und der Deutschnationale Theodor Düsterberg, der Vizepräsident des „Stahlhelm".

Passagiere eines Wasserflugzeuges gerettet.

Rom. — Der britische Zerstörer „Brilliant" rettete sieben Passagiere und zwei Piloten eines zweimotorigen italienischen Wasserflugzeuges, das 50 Meilen von Malta zur Notlandung niedergehen mußte. Das Flugzeug und seine Insassen wurden von dem Zerstörer, der durch Funkspruch herbeigerufen worden war, nach Malta gebracht.

Es wurde erklärt, daß das Wasserflugzeug zur Notlandung gezwungen wurde, um einen Motordefekt zu beheben. Dieses wurde mit wenig Schwierigkeit beseitigt, doch konnte die Maschine sich dann bei der hochgehenden See nicht wieder erheben.

Schriftsteller Shaw verunglückt.

Kapstadt. — George Bernard Shaw und Gattin, die vor einem Monat zu Besuch eintrafen, erlitten auf einer Landstraße in der Nähe von Mossel Bay Verletzungen, als ihr Auto in einen Graben fuhr. Der Schriftsteller trug schwere Quetschungen u. Erschütterungen davon. Frau Shaw wurde am Handgelenk verletzt. Shaw ist 76 Jahre alt. Sie hatten auf dem Dampfer Arundel Castle von Mossel Bay nach Kapstadt Passage belegt, doch mußte die Reise abgebrochen werden.

Hindenburgs Sieg ist „der Sieg Deutschlands"

Erklärt der Führer der Deutschen Zentrumspartei.

Berlin. — Prälat Dr. Ludwig Kaas, der Führer der Zentrumspartei, erhob in einem Appell an die Katholiken zur Unterstützung Hindenburgs die Anschuldigung, die Gegner des Reichspräsidenten würden durch selbstsüchtige Motive geleitet. Der Prälat sagt in seinem Appell an die Katholiken Deutschlands und alle verantwortlichen Elemente der breiten Schichten des Volkes: „Wir schließen uns freudig den andern an und proklamieren Herrn Paul von Hindenburg als unseren Kandidaten für das Präsidentenamt, fest davon überzeugt, daß wir damit dem deutschen Vaterlande am besten dienen. „Reichspräsident von Hindenburg ist der Vertreter des ganzen deutschen Volkes. Er ist in dieser schweren Zeitlaufen der würdigste Sohn, den eine deutsche Mutter zur Welt gebracht hat. Sein Sieg ist der Sieg Deutschlands!"

Auf die Gegner des Reichspräsidenten, Deutschnationale und Nationalsozialisten, hinweisend, sagt Dr. Kaas: „Agitation und Demagogentum" seien ihre Mittel, um zur Macht zu gelangen. Terrorismus und Unfähigkeit aber würden die Charakteristiken ihres Regimes sein, falls sie in der Lage wären, ihr Ziel zu erreichen.

Prinz Oskar, der fünfte Sohn des früheren Kaiser Wilhelm, erschien zum erstenmale in einer Sitzung der Exekutive der Deutschnationalen Volkspartei. Geheimrat Hugenberg führte den Vorsitz. Die Sitzung war einberufen worden, um über die zu befolgenden Taktiken bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl zu beraten. Prinz Oskar, welcher erst kürzlich in die Exekutive berufen wurde, wurde von Hugenberg auf das freundlichste begrüßt. „Ihre Anwesenheit," sagte er zu dem Prinzen, „ist ein gewisser Beweis für die engen Bande, welche zwischen der deutschnationalen Partei und dem Hause Hohenzollern bestehen."

Hitler soll deutscher Bürger geworden sein.

Berlin. — Die Zeitung „Montag Morgen" erklärt, aus zuverlässiger Quelle erfahren zu haben, daß der nationalsozialistische Innenminister von Braunschweig, Dietrich Klagges, Adolf Hitler automatisch das deutsche Staatsbürgerrecht verliehen hat, indem er ihn zum Professor an der Braunschweiger Tech-